

digung zu konzentrieren sind und was in der Kirche selbst zurücktreten kann. Erst wenn die Kirche wieder eine nüchterne Kenntnis hat und diese Kenntnis auch deutlich und entschieden genug artikulieren kann und damit auch die tieferen Schichten der Existenz nicht nur als billige Trösterin, sondern als Antreiberin zur Umkehr offenlegen kann, hat eine Konzentration der kirchlichen Verkündigung auf die Grundelemente des Glaubens auch Aussicht, erneuernd in unsere Gesellschaft hineinzuwirken. Und erst in der Konfrontation des Menschen mit sich selbst, wie er ist, mit dem Glauben, wie er den Menschen sieht, wird die Kirche jetzt und heute den Maßstab ihrer eigenen Reformbedürftigkeit finden, erst von dort her kann praxisnah beurteilt werden, wo Anpassung richtig und wo sie falsch ist, was an Tradition beibehalten und was, weil im Ansatz schädliche Beimengung oder durch

die geschichtlichen Verhältnisse schädlich geworden, aufzugeben ist. Nur eine solche „Strategie“ des Sich-Einlassens auf die volle Transzendenz des Glaubens des Andersseins Gottes in der radikalen Menschlichkeit Jesu Christi als Richtschnur des eigenen Lebensstils und Lebensziels in einer angstfreien und unverstellten Begegnung mit dem Zeitgenossen führt weiter. Diesem fehlt manchmal der Wille, oft aber das Vermögen, sich einer solchen Konfrontation auszusetzen und das ganz Andere dieses Lebens als seinen eigenen Maßstab auszuhalten. Aber nur in dem Maße, in dem sie diese Vermögen zu aktivieren versteht, kann die Kirche ihre Zuversicht, die sie dringender als alle anderen Hilfen und Schutzmauern theologischer, spiritueller und finanzieller Natur gebraucht, wiederfinden.

D. A. Seeber

Kirchliche Vorgänge

Kurskorrektur im Weltkirchenrat?

Die Gründung des „Weltrates der Kirchen“ am 23. August 1948 in Amsterdam war ein Jahrhundertereignis, die Jubiläumsfeier nach 25 Jahren mit der Tagung des Zentralaussschusses in Genf (22. bis 29. 8. 73) wurde zur fälligen Gewissenserforschung, ob man sich nicht zu viel vorgenommen hat, vielerlei mit der Zahl der Mitgliedskirchen, die von 147 zu Beginn auf 263 anwuchs, vielerlei vor allem mit der Unzahl theologisch-politischer Aufgaben ohne klare Prioritäten, zu viel schließlich mit dem Bestreben, die Institution des „Bundes“ (covenant) gleichberechtigter Kirchen und Gemeinschaften mit seiner vom Kongregationalismus stammenden ekklesiologischen Konzeption durch den Beitritt der römisch-katholischen Kirche als Krönung zu vollenden. Wer dieses Vierteljahrhundert mit den Vollversammlungen von Amsterdam, Evanston (1954), Neu-Delhi (1961) und Uppsala (1968) überblickt — für Kirchen eine kurze Zeit —, muß staunen, was geleistet und entworfen und welche Entwicklungen eingeleitet

worden sind. Man kennt die Menschen, die das schafften, den ersten Generalsekretär und Architekten des gewagten Unternehmens, W. A. Visser 't Hooft, dazu die anderen Pioniere W. Temple von Canterbury, N. Söderblom von Uppsala, M. Niemöller, J. Oldham, L. Neubigin, H. Lilje — eine große Reihe glanzvoller Namen, aber doch Menschen und nicht Titanen. Ihr Werk ist stattlich und doch ständig erschüttert von Spannungen. Im Nachhinein überdacht, ist dies alles fast atemberaubend und dennoch durchzogen von nicht wenig Frustration (vgl. HK, Juli 1973, 342 ff.). Die diesjährige Tagung des Zentralaussschusses, von ernster Finanzmisere und der Zahlungsmüdigkeit der Mitgliedskirchen überschattet, wurde fast eine Bußversammlung, die bis zur fünften Vollversammlung 1975 in Djakarta Früchte tragen muß, soll es nicht eine Krise zum Tode geben.

Die Versammlung von nur 102 von 120 stimmberechtigten Delegierten ließ

sich nicht verleiten von selbstbewußten Feststellungen wie der, der Name der Ökumene habe die „Kirchenvölker“ und manche Potentaten „nervös gemacht“ angesichts des jüngsten Drängens zu sozialer Revolution (wie H. J. Margull in seinem Rückblick meinte, Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt, 26. 8. 73). Dies paßte nicht zu der tief pastoralen Haltung der Gründungsversammlung, die sich angesichts des Chaos nach dem Zweiten Weltkrieg um die Verantwortung der gespaltenen Kirche für diese Unordnung der Welt sorgte. Aus der Flut der Würdigungen über den bisherigen Ertrag seien die kompetentesten ausgewählt. Willem Visser 't Hooft nannte drei Ergebnisse: 1. Es sei nicht selbstverständlich, daß es einen Ökumenischen Rat gibt. Er verdankt seine langwierige Entstehung seit 1919 dem neu erwachten missionarischen Bewußtsein. 2. Dieser Bund als Institution ist nur ein Aspekt der ökumenischen Bewegung, er setzt voraus, daß gleichzeitig von unten für die Einigung der Kir-

che gearbeitet wird, was noch zu wenig geschieht. (Er schwieg diesmal über den hartnäckigen Partikularismus der Kirchen.) 3. Er stellte aber — entgegen früheren Warnungen vor der Gefahr eines Synkretismus, während des Konzils laut geäußert — die fruchtbare Frage, „ob die Einheit, die wir in der ökumenischen Bewegung verwirklichen wollen, nicht zu stark an eine einzige Religion gebunden“ sei. Der ÖRK, so meinte Visser 't Hooft, müsse „immer neu entdeckt werden“. Zustimmung und Ermunterung wurden dem ÖRK auch von katholischer Seite nicht versagt. Yves Cöngar, ein katholischer Freund der ersten Stunde, meinte aus Anlaß der Genfer Tagung, der ÖRK sei zwar keine Kirche, sondern nur der Ort, wo sie Ereignis werden solle; zugegeben, er habe keine geistlichen Ämter und keine Sakramente, „aber er erfüllt eine Sendung“, er ist „zumindest eine Stimme“, auch wenn diese keine Mitgliedskirche verpflichtet („La Croix“ 22. 8. 73). Er sei nur ein Rat und kein Konzil, aber doch wenigstens „eine gewisse Übung in Konziliarität“, bewährt in der Mitarbeit seiner Beobachter beim Zweiten Vatikanischen Konzil.

Denkt man an die erdrückende Fülle von Gedankenarbeit allein auf theologischem Gebiet in der Abteilung „Faith and Order“, zu schweigen von den Analysen der Wirklichkeit durch „Kirche und Gesellschaft“, an die wirklichen Erkenntnisfortschritte beim Ausschneiden der nichttheologischen Faktoren der Trennung von dem gemeinsamen Glauben oder an die ersten Einsichten der Hermeneutik zur Beseitigung der Sprachbarrieren zwischen den verschiedenen Traditionen, so mußte die Selbstkritik des Generalsekretärs Ph. Potter fast als Understatement erscheinen. Er schrieb zum Jubiläum des ÖRK, er sehe täglich, daß die zur Förderung vereinten Kirchen „nur eine Vorbereitung auf unsere heutige Aufgabe sind“ („Réforme“ 18. 8. 73). Er anerkannte den Wandel, der sich vollzogen habe durch den Beitritt der orthodoxen Kirchen des Ostens 1961, durch die Mitarbeit

der römisch-katholischen Kirche und durch das neue Gewicht der Kirchen der Dritten Welt. Der Rat sei nicht mehr ein „Vergnügungsdampfer“, sondern „ein Schiff in schwerem Sturm“, doch immerhin ein „Conseil mondial“ auch ohne den formellen Beitritt Roms. „Wir lernen angesichts der Prozesse der Entmenschlichung in der Welt gemeinsam zu leiden.“ Aber „wir haben in der Frage der Einheit der Kirche noch keine entscheidenden Fortschritte erzielt“. Die Kirchen seien immer noch nicht bereit, ihre „Identität“ zu opfern. In manchen Dingen könnte man viel von den römisch-katholischen Christen lernen. Ihre Kirche habe sich seit dem Zweiten Vatikanum wirklich erneuert wie keine andere sonst. Noch seien die asiatische Frömmigkeit und die lateinamerikanische Freiheitsbewegung einzubringen, auch müßten sich viele Kirchen aus den Fesseln des Staates lösen. Angesichts dieser Selbstkritik wird man bezweifeln können, ob manche konservative Kritik, wonach im ÖRK die Kirchen in Vergessenheit zu geraten schienen und die Genfer Zentrale mehr an die Machtmittel dieser Welt, Offenlegung von Bankkonten und Gründung einer Entwicklungsbank im politischen Sog sozialer Revolutionen denke, so daß das Christliche zur Fassade werde, ganz trifft (Heinz Beckmann im „Rheinischen Merkur“ 24. 8. 73). Es ist nicht so gekommen, daß Genf „sein 25. Jubiläum verspielte“.

Zurück zur Ekklesiologie?

Sicher vorauszusehen war die noch nicht erreichte, sich aber doch deutlich abzeichnende Wendung nicht. Denn das Hauptdokument zur Beratung galt der Frage, ob und wie weit die *Anwendung von Gewalt* für Christen (nicht für Kirchen) erlaubt ist, um soziale Ungerechtigkeiten „christlicher“ Gewaltregime zu bekämpfen. Ehe es aber dazu kam, hatte Philip Potter in seinem Rechenschaftsbericht zu „Spiritualität und Demut“ gerufen und den Rat erteilt, der ÖRK müsse lernen, mit Konflikten und Meinungsverschie-

denheiten zu leben: „Der einzige Weg nach vorn führt uns in die Konflikte hinein und durch die Konflikte hindurch.“ Nicht der unerreichbare Konsensus sei wichtig, sondern die Kommunikation und das gegenseitige Sikkorrigieren (epd, 23. 8. 73). Das gelte auch für das Verhältnis zum Vatikan, dessen Dokument „Mysterium Ecclesiae“ gegen ökumenisch aktive katholische Theologen geeignet sei, die Suche nach neuen Wegen zu erschweren. Doch die Grußbotschaft Papst Pauls VI. und die Anwesenheit von drei Vertretern des Einheitssekretariats, darunter des neuen Sekretärs Charles Möller, trugen zur Entspannung bei, so daß es möglich wurde, ein neues Papier über die Fortführung der Zusammenarbeit in der „Gemeinsamen Arbeitsgruppe“ zu verabschieden. Vom baldigen Beitritt Roms ist darin nicht die Rede, auch nicht von einem universalen Konzil. Wohl wird vereinbart, sich der Frage der Autorität in der Kirche und der Verantwortung des Lehrens und Leitens zuzuwenden. Dem entsprach auch das Referat von Lukas Vischer über die künftige Einheit. Zwar setzte auch er deutliche Fragezeichen hinter „Mysterium Ecclesiae“, doch schlug er vor, nunmehr gemeinsam die Frage des Lehramts zu studieren. In die gleiche Richtung (Vorrang der ekklesiologischen Fragen) drängten auch die Orthodoxen mit ihren Einsprüchen gegen das Gewaltpapier, sowohl durch den Patriarchen von Konstantinopel, Dimitrios, wie vor allem den Patriarchen Pimen von Moskau gegen den sozialpolitischen Horizontalismus und gegen die Heilsthesen der Weltmissionskonferenz von Bangkok. Damit war die Führung des Zentralausschusses durch seinen Vorsitzenden M. M. Thomas überspielt. Die Glaubensfragen wurden wieder in den Vordergrund gerückt. Man darf freilich nicht vergessen, daß dies nur möglich wurde durch die ausgleichenden Verhandlungen von Philip Potter hinter den Kulissen der Konferenz. Ihm kommt wohl das Verdienst zu, eine tiefere Spaltung verhindert und die Dinge auf einen guten Weg gebracht zu haben.

Kompromisse mit ungelösten Problemen

Daß das Gewaltproblem auch auf dieser Sitzung nur durch den Kompromiß entschärft, aber nicht gelöst werden konnte, war zu erwarten. Bereits der Entwurf stellte drei verschiedene Standpunkte heraus, die gleichrangig nebeneinander standen, ohne sich gegenseitig zu verurteilen. Die erste Gruppe bildeten die sog. Friedenskirchen, die jeglichen Gedanken an Gewalt ablehnen. Eine zweite Gruppe bekannte sich zu der Meinung, daß im Notfall für Christen ein gewaltvoller Widerstand gegen ungerechte Herrschaftssysteme möglich sei, allerdings im Bewußtsein, daß dies zur Schuld führen kann. Dazu gehören auch solche lutherischen Kirchen, für die die Zwei-Reiche-Lehre nicht mehr verbindlich ist (vgl. dazu auch HK, Juli 1973, 331). Die dritte Gruppe bilden die Kirchen, die bereits im Widerstand gegen Gewaltanwendung von oben stehen und nicht nachgeben wollen, ehe die ungerechten Ordnungen nicht abgeschafft sind. Einig war man sich in einem Katalog von Richtlinien, die bestimmte Handlungen verurteilen: z. B. die Unterwerfung eines Volkes, Unterdrückung einer Klasse oder Rasse, Folterung, Geiselnahme, vorsätzliches Töten Unbeteiligter, aktuell in Afrika und Lateinamerika. Eine eher peinliche Schwierigkeit, die zugleich die Grenzen der Handlungsfähigkeit des ÖRK sichtbar machte, entstand, als in der Diskussion ein Absatz eingefügt werden sollte, der auch die Gewalt gegen die Menschenrechte in den Oststaaten anprangerte. Dem widersprachen die anwesenden Delegierten aus diesen Staaten. Es kam ein Kompromiß heraus: der Absatz wurde wieder gestrichen, aber die Orthodoxen stimmten schließlich entgegen ihrem ursprünglichen Nein dem Beschluß zu, daß 1974 der Zentralauschuß in Westberlin tagen soll. Die Probleme des Gewaltpapiers bleiben auf dem Tisch und werden den ÖRK weiter beschäftigen. Doch die Änderung des Generalthemas für die fünfte Vollversammlung in Djakarta zeigt, daß die theo-

logische Nuance verstärkt wurde. Anstelle der „Gerechtigkeit“ tritt jetzt „Christus befreit und vereint“. Die Versammlung hatte die Warnung aus Konstantinopel gehört, daß eine Forcierung der soziopolitischen Ziele „die Fundamente des Ökumenischen Rates erschüttert“. Die Zerreißprobe war vorerst bestanden.

Eine ähnliche Klippe wurde durch die Teilung des Festgottesdienstes zum Jubiläum umschiff. Die Eucharistiefeier

wurde vorher intim als „ökumenische Nacht“ mit offener Kommunion in der Kapelle des Generalsekretariats gehalten. So entstand kein öffentliches Ergebnis. Der öffentliche Gottesdienst fand in der kalvinischen Kathedrale St. Peter als reiner Wortgottesdienst statt. Allerdings wurde er durch die dröhnende Trommel eines Buschnegers im Leopardfell nochmals zur „gefährlichen Erinnerung“ an die unbewältigte Rassenfrage.

Burundi abermals vergessen?

Während die Hinweise auf Massaker in Mozambique, ausgehend von einem Artikel in der britischen „Times“, in den letzten Monaten weltweite Reaktionen und Emotionen hervorriefen, ohne allerdings zu einer endgültigen Klärung geführt zu haben, blieben die Berichte über die Fortsetzung der Massenexekutionen in dem kleinen ostafrikanischen Staat Burundi fast unbeachtet. Dabei gibt es bereits seit März dieses Jahres eindeutige Belege, und zwar ebenfalls in erster Linie von Missionaren, daß die regierende Watussi-Minderheit weiterhin rücksichtslos gegen die Bahutu-Mehrheit im Lande vorgeht. Verschärft wird die Situation noch dadurch, daß es im Nachbarstaat Ruanda, in dem seit dem Umsturz von 1959 der Mehrheitsstamm, die Bahutus, die Regierung stellt, ebenfalls zu blutigen Ausschreitungen gekommen ist. Studenten nahmen den weithin feststellbaren Einfluß der Watussi-Minderheit in verschiedenen Zweigen des öffentlichen Lebens zum Anlaß, Jagd auf die Watussi zu machen, um eine „proportionale“ Zulassung von Bahutus und Watussi an den Universitäten und in den Betrieben zu erreichen. Durch den überraschenden Militärputsch vom 5. Juli 1973, dem der aus der katholischen Sozialbewegung hervorgegangene Ministerpräsident *Grégoire Kayibanda* zum Opfer fiel, hatte sich dort die Lage vorübergehend beruhigt. Die vorausgegangenen Aus-

einandersetzungen scheinen teilweise bewußt geschürt worden zu sein, um für den im September vorgesehenen Wahlkampf die Stimmung der Bahutu-Mehrheit für eine Fortsetzung der Politik Kayibandas anzuheizen. Der neue Machthaber, Generalmajor *Juvenal Habyalimana*, gilt als ein in Stammesfragen gemäßiger und auf Aussöhnung bedachter Politiker. Die Ereignisse sind dennoch engstens miteinander verknüpft. Unter Hinweis auf die Unterdrückung der Stammesmitglieder im Nachbarland attackieren sich die beiden Stämme seit März dieses Jahres erneut in beiden Ländern.

Kaum beachtete Grausamkeiten

Die ersten Hinweise auf die Fortsetzung des Mordens in Burundi stammten von schwedischen Pfingstler-Missionaren. Sie erhielten im März ausführliche Berichte von Flüchtlingen, die in den von der schwedischen Missionsgesellschaft an der Grenze zwischen Burundi und Tansania eingerichteten Lagern Zuflucht suchten. Ähnlich wie im Vorjahr unternahm in der Nacht vom 10. auf den 11. Mai Bahutus den Versuch, durch einen weiteren Aufstand die Watussi aus dem Sattel zu heben. Doch mißlang auch dieser gut geplante Angriff, der von Ruanda und Tansania ausging. Der Aufstand